Bezugsgebühr vierteljährlich Mk. 2,50, durch die Post Mk. 2,75.
Die Annahme von Ankündigungen für die nächste Nummer erfolgt in der Hauptgeschäftsstelle, Marienstr. 38, u. in den Nebenannahmestellen v. Vorm. 8 bis 5 Uhr Nachm. Sonntags nur Marienstr. 38 v. 11–½1 Uhr Mittags.
Anzeigentarif.
Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 15 Pf., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pf.; Doppelzeile „unterm Strich" (Eingesandt) 40 Pf. Grundzeile für Montage oder nach Festtagen 20 Pfg., für Familiennachrichten 2c. bez. 30 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werd. m. 10 Pf. berechnet. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 u. Nr. 2096.
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

44. Jahrgang.

Telegr.-Adresse: Nachrichten, Dresden.

Schlafrock-Meyer!
altrenommirtes Geschäft. Frauenstrasse nur No. 7.

Photographische Apparate
in reichster Auswahl bei
Emil Wünsche
Aktienges. f. phot. Industrie.
Moritzstr. 20
(Ecke Gewandhaus-, Nähe König-Johannstrasse).
Fabrik: Reick bei Dresden.
Filialen:
Leipzig, Berlin, Frankfurt a. M., Breslau, München, Hamburg, Bodenbach i. B.
Ausführl. Preislisten nach auswärts geg. 20 Pf. in Briefmarken.

Dr. Kadner's Sanatorium
Niederlössnitz bei Dresden.
Diätkuren.
Comfortables Haus. Elektrisches Licht.

Alle technischen Waaren von
Gummi u. Asbest
Dichtungen, Stopfbüchsen-Packungen, Schläuche, Walzen, Klappen, Wasserstandsgläser, Oeler liefert sofort
Gummifabrik Reinhardt Leupolt, Dresden-A., Wettinerstr. 38 Tel. 286

Fritz Gilbers, Cigarrenhandlung,
39 Königsbrücker Strasse 39.
Filiale der „Dresdner Nachrichten"
empfiehlt sich zur Annahme von
Inseraten und Abonnements für obige Zeitung.

Ausverkauf sämmtlicher ff. deutscher und englischer **Tuchwaaren**
wegen vollständiger Geschäftsauflösung mit 20% Rabatt. **C. H. Hesse, 20 Marienstrasse 20 (3 Raben).**

Nr. 241. Spiegel: Preußischer Landtag. Hofnachrichten. Oesterreichischer Eisenbahn-Beamtenverein. Gastwirthsverein. Waldschlößchen-Boykott. „Dämon", Deutsche Kunstausstellung. | Muthmaßl. Witterung: Warm, trocken. | **Donnerstag, 31. August 1899.**

Schluß des preußischen Landtags.

Die Erklärung, mit der der Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe den Landtag der preußischen Monarchie geschlossen hat, steht in ihrer zarten Sanftherzigkeit in krassem Widerspruch mit den Drohnoten, die von liberaler und sonstiger kanalfreundlicher Seite für die Verabschiedung des Landtags vorher ausgegeben worden waren. Erst hieß es, der Kaiser in Person werde den Konservativen wegen ihrer Haltung in der Kanalfrage gehörig den Text lesen; dann begnügte man sich mit der schon etwas bescheideneren Lesart, daß Fürst Hohenlohe dazu ausersehen sei, die konservativen Kanalgegner gehörig abzukanzeln, bei gleichzeitiger Versicherung, daß die Regierung an dem Kanalprojekt unverbrüchlich festhalte. Von dem Baume der Thatsachen ist nun aber auch dieses letzte Blatt auf den Boden geflattert und nichts übrig geblieben als die zahme und lahme Betonung der unveränderten Ueberzeugung der Regierung von der Nothwendigkeit des Kanalbaues, in Verbindung mit dem Ausdruck eines recht matten Bedauerns darüber, daß in der verflossenen Session die Ablehnung des großen Werkes erfolgt sei.

Ueber diesen eigenartig „schneidigen" Ausgang der Affaire werden sich alle Diejenigen mit vollem Rechte wundern, die noch dem altfränkischen Grundsatz huldigen, daß die Thaten den Worten im Allgemeinen entsprechen müssen, vollends wenn ein so ungeheurer Apparat von verbalen Beeinflussungsmaßregeln in Bewegung gesetzt wird, wie es in der Kanal-Angelegenheit der Fall gewesen ist. Wenn man die Inkonsequenz so sehr auf die Spitze treibt, wie es hier die preußische Regierung gethan hat, so fordert das unweigerlich auf allen Seiten zu einer vollauf berechtigten Kritik heraus, die sich naturgemäß im radikalen Lager auf die Regel zuspitzt: „Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen". So bemerkt beispielsweise Herr Eugen Richter in der „Freis. Ztg." grob und bissig: „Es ist so gekommen, wie wir vorausgesagt haben: Der Regierung fehlt die Kraft zu entschlossenen Maßnahmen, es wird einfach fortgewurstelt. Die konservative Fronde hat auf der ganzen Linie gesiegt, die Regierung steckt die schwere Niederlage ruhig ein, unbekümmert darum, ob ihre Autorität vollständig in die Brüche geht. Für die Schwäche und Haltlosigkeit des gegenwärtigen Regierungssystems ist nichts bezeichnender als diese mit so großen Worten unternommene Aktion, die ausgeht wie das Hornberger Schießen." Es liegt in der Natur des Radikalismus, daß er sich an der von der Regierung erlittenen Niederlage mit spöttischem Behagen weidet. Wie die Katze das Mausen nicht läßt, so läßt der Radikalismus nicht von seiner Art, die ihn antreibt, sich über jede Schwächung der staatlichen Autorität weidlich zu freuen, auch dann, wenn er selbst mehr oder weniger der Leidtragende bei der Geschichte ist.

Die Freunde der staatlichen Autorität denken natürlich anders; sie beklagen die Einbuße an Ansehen, die sich die Regierung in dem Kampfe um den Kanal zugezogen hat, aufrichtig im allgemeinen Interesse und suchen nach Mitteln, mit deren Hilfe sich die Fehler der jüngsten Vergangenheit nach Kräften wieder gut machen lassen und ein möglichst rascher Ausgleich unter den zwiespältigen staatserhaltenden Parteien hergestellt werden kann. Gleichwohl sind auch die überzeugtesten Vertreter der Regierungsautorität nicht in der Lage, in dem vorliegenden Falle irgend etwas beschönigen zu können. „Jede Politik halte ich für besser als eine schwankende" hat Fürst Bismarck gesagt, und die preußische Regierung hätte wohl gethan, wenn sie auf der Spur dieses Grundsatzes auch in der Kanalfrage gewandelt wäre. Fürst Bismarck war sogar von der absoluten Fehlerhaftigkeit einer schwankenden Politik so stark überzeugt, daß er unter Umständen lieber alle praktischen politischen Folgerungen aus einem einmal begangenen Fehler mit eiserner Konsequenz gezogen als sich durch schwächliches Zurückweichen in den Anschein einer hilflosen Schwäche versetzt hätte. Eine so tiefgründige Auffassung des auf die legitime Macht gegründeten Charakters der staatlichen Gewalt fehlt der heutigen Regierung ganz und gar. Es ist ja nun allerdings richtig, daß ein schroffes Beharren der leitenden Stellen auf dem mit so großem Aplomb kundgegebenen Standpunkt unter den obwaltenden Umständen ein schweres Unglück für den preußischen Staat heraufbeschworen hätte, insofern der demonstrative Bruch mit den Konservativen die Grundlagen der Monarchie erschüttert und einer liberal-klerikal-radikalen Mischmaschwirthschaft, am Ende sogar mit einem Stich in's Sozialdemokratische, Thor und Thür geöffnet hätte. Daß die Regierung dafür die Verantwortung nicht übernehmen wollte, ist erklärlich. Dann aber bleibt doch immer der nicht minder schwere Vorwurf auf ihr haften, daß sie nicht Weitsichtigkeit genug besessen hat, um eine derartige kritische Entwickelung vorauszusehen. Das Land hat ein entschiedenes Recht, von den Männern, die es regieren, zu verlangen, daß sie über genug politischen Scharfblick verfügen, um sich nicht durch eigene Schuld in eine Lage zu versetzen, die sie am letzten Ende zu einer so unfruchtbaren, in jeder Beziehung schwächlichen Stellungnahme zwingt. Die Beeinträchtigung der Regierungsautorität, die mit der bisherigen Entwickelung der Kanalfrage verbunden gewesen ist, schädigt das Staatswohl in hohem Grade. Es darf nicht sein, daß eine Regierung groß angelegte Aktionen zu einem Ausgang kommen läßt, auf den das Wort von dem kreißenden Berge Anwendung findet, der ein lächerliches Mäuschen gebiert. Pflicht der Regierung ist es vielmehr, ihre Haltung von Anfang an so einzurichten, daß ihr Ansehen auf keinen Fall Schaden leidet, auch dann nicht, wenn ihr eine politische Rechnung einmal nicht nach Wunsch ausgeht.

Hätte die Regierung durchaus ihre Schuldigkeit gethan, so wäre auch das parteipolitische Kesseltreiben gegen die Konservativen, das der gemeinsamen Sammlungspolitik so schwere Wunden geschlagen hat, nicht zu einer so ausschweifenden Hetze emporgediehen, wie sie das außerpreußische Deutschland zu seinem Befremden in den letzten Monaten hat erleben müssen. Namentlich der „gemäßigte" Liberalismus hat sich dabei in bedauerlicher Weise „hervorgethan" und sich mit allen Kräften bemüht, sein ehrendes Beiwort in das Gegentheil zu verkehren. An manchen Stellen des preußischen Liberalismus scheint freilich in der letzten Zeit ein gewisses Gefühl der Beschämung über das durchaus unliberale Wüthen gegen die konservativen Kanalgegner die Oberhand gewonnen zu haben. Immerhin kann aber vorerst noch keine Rede davon sein, daß eine allgemeine Einkehr zu erwarten stände. Vielmehr hat gerade die nationalliberale Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses als solche noch unmittelbar vor dem Schlusse des Landtags in einer Erörterung der politischen Lage der Regierung bezeichnender Weise die Absicht zugeschrieben, sie wolle blos Zeit gewinnen, um „die staatsgefährlichen Zustände unter den politischen Beamten zu einer Klärung zu bringen". Also die sachliche Gegnerschaft gegen das Kanalprojekt stigmatisirt die Konservativen in der Auffassung eines gewissen Pseudoliberalismus als „staatsgefährlich"! Da hört denn doch Verschiedenes auf. Man sollte glauben, die unabhängige öffentliche Meinung ohne Unterschied des engeren Parteistandpunktes hätte sich deutlich genug über das „liberale" Rachegericht gegenüber den konservativen Beamten ausgesprochen. Es hilft aber Alles nichts: mit der Gewalt einer fixen Idee kehrt das Verlangen nach disciplinarischer Maßregelung immer wieder. Mögen doch die Liberalen die gesetzliche Unvereinbarkeit des parlamentarischen Mandats mit allen Beamtenstellungen von politischer Bedeutung als Forderung in ihr Programm aufnehmen: das wird Ihnen gewiß Niemand verdenken. Wenn sie aber, so lange das passive Wahlrecht für Beamte verfassungsmäßig vorhanden ist, die gewählten Beamten blos wegen der überzeugungsgemäßen Ausübung ihres Mandats, ohne daß ein agitatorisches Mißverhalten vorliegt, disciplinarisch drangsaliren wollen, so ist das ein Verfahren, dessen Befürworter sich alles Andere, nur nicht „gemäßigt liberal" nennen dürfen. Sie mögen es an dieser Stelle noch einmal hören, daß sie den gemäßigten Liberalismus durch einen so unmäßigen Terrorismus vor aller Welt an den Pranger stellen.

Die Quintessenz der innerpolitischen Lage, wie sie sich am Schlusse der diesmaligen Tagung des preußischen Landtags darstellt, ist ein völlig verfehlter parlamentarischer Feldzug der Regierung, der in seinem Verlaufe zu einer schweren Entfremdung gerade unter denjenigen Parteien geführt hat, deren gemeinsame Arbeit für jede staatserhaltende Politik auf die Dauer unentbehrlich ist. Die Verhältnisse sind so verworren und zerfahren, daß der Weg zu einer glücklichen Lösung der Krisis, zur Versöhnung der streitenden Parteien über dem gefällten Riesen der Kanalvorlage und zur Wiederaufnahme einer ehrlichen Sammlungspolitik nur schwer zu finden sein dürfte. Daß er dennoch gefunden werden möge und zwar bald, ist die gemeinsame Hoffnung aller einsichtsvollen Patrioten innerhalb und außerhalb Preußens; eine Hoffnung, deren Preisgebung gleichbedeutend wäre mit dem völligen Verzicht auf eine fruchtbare staatserhaltende Politik für die nächste Zukunft. Angesichts dieser Sachlage drängt sich dem nationalen Politiker mit Gewalt die Frage auf die Lippen: Wie will die preußische Regierung eine solche durch ihre Schuld herbeigeführte innerpolitische Situationsstörung verantworten, vor ihrem Gewissen, vor dem Lande, vor dem Reiche?

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 30. August.

Berlin. Der Reichskanzler hat die Bundesregierungen ersucht, allgemeine Anzeigepflichten für Pest- und pestverdächtige Fälle, soweit sie in den Einzelstaaten noch nicht bestehen, einzuführen und zu veranlassen, daß dem kaiserlichen Gesundheitsamte als Centralmeldestelle für das Reich von etwaigen Erkrankungs- und Todesfällen, bei welchen Pest oder Pestverdacht vorliegt, telegraphisch Mittheilung gemacht werde, auch soll darauf Bedacht genommen werden, daß Untersuchungsstationen zur bakteriologischen Feststellung der Seuche zur Verfügung stehen. — In der Streitsache zwischen der Stadt Berlin und dem Polizeipräsidium wegen des Friedhofes der Märzgefallenen wird vor dem Bezirksausschuß Ende September verhandelt.

Hamburg. Der Alldeutsche Verbandstag ist heute Mittag durch den Reichstags-Abgeordneten Professor Hasse-Leipzig eröffnet worden. Anwesend sind etwa 200 Delegirte. Eine Begrüßung seitens der Hamburger Behörden fand nicht statt.

Prag. Der Kaiser von Oesterreich traf hier auf der Durchreise zu den Manövern ein und wurde von den Behörden und einer großen Volksmenge enthusiastisch begrüßt. Bürgermeister Podlipny hob in seiner Ansprache die dynastische Treue des Volkes hervor und bat, der Kaiser möge künftig länger in Prag verweilen. Der Kaiser erwiderte czechisch, er nehme freudig die dargebrachte huldigende Begrüßung entgegen, die Beweise loyaler dynastischer Gesinnung, und fuhr dann in deutscher Sprache fort, die Hauptstadt, deren Wohlfahrt sein landesväterliches Interesse gewidmet sei, möge die Segnungen steter ruhiger Entwickelung genießen. Der Kaiser sprach noch mit mehreren Mitgliedern der Gemeindevertretung und setzte dann seine Reise fort.

Mährisch-Ostrau. An der Stelle des im Jahre 1873 verstürzten und aufgelassenen 200 Meter tiefen Antoniekunstwetterschachtes ist eine ungefähr den Schachtdimensionen entsprechende 12 Meter tiefe Oeffnung in der Erde entstanden. Die Oeffnung wurde sofort umzäunt und das Weiterverstürzen gehemmt. Nach den behördlichen Erhebungen liegt für die Stadt keine Gefahr vor.

Paris. Der Kaplan Prinz Max von Sachsen hat vor einer großen Zuhörerschaft in der neuen Herz Jesu-Kathedrale auf dem Montmartre eine Predigt gehalten.

Paris. Der ehemalige Militärattaché bei der spanischen Botschaft Marquis de Valcarlos beschloß, den „Figaro" wegen der von diesem Blatte veröffentlichten und seine Person betreffenden Artikel in der Dreyfus-Angelegenheit gerichtlich zu verfolgen.

Rennes. Dreyfus-Prozeß. (Fortsetzung.) General Deloye erinnert daran, daß er zu Anfang des Jahres 1890 von Freycinet mit einer Spezialarbeit beauftragt wurde, um den Kassationshof über Einzelheiten des Artillerie-Materials aufzuklären. Zeuge wiederholt heute seine Erläuterungen, welche er damals dem Kassationshof machte. Hinsichtlich der Bremse von „120 kurz" erklärt Deloye, im Jahre 1894 wäre es für einen dritten Offizier unmöglich gewesen, irgend etwas darauf Bezügliches mitzutheilen. Im Jahre 1894 wären keine Dienstvorschriften über „120 kurz" zu haben gewesen; erst 1896 habe man Indiskretionen hinsichtlich der Granate „Robin" bemerkt. Für einen Generalstabsoffizier sei es nicht unmöglich gewesen, sich das Schießhandbuch zu verschaffen. Von Seiten der Richter und der Vertheidiger wird an den Zeugen eine große Anzahl Fragen über technische Einzelheiten gerichtet. Der Präsident fragt Dreyfus, was er zu der Aussage Deloye's zu bemerken habe. Dreyfus erwidert, es liege nicht in seiner Absicht, über die im Bordereau vorkommenden Ausdrücke zu diskutiren oder Hypothesen aufzustellen. Er werde jetzt zum zweiten Male das zusammenfassend darlegen, was er in den Jahren 1889 bis 1890 in Bourges über „120 kurz" wußte. Er sagt: Ich erfuhr das Prinzip, auf welchem die hydropneumatische Bremse beruht, in einer Besprechung, welche im Jahre 1890 in Gegenwart des Generals Mercier und sämmtlicher Artillerieoffiziere der Garnison von Bourges in dieser Stadt über die Bremse stattfand. Es wurde über dasselbe das übliche Thema gegeben. Es ist dasselbe, wie es in den Kursen in St. Cyr mitgetheilt wird. Das ist Alles, was ich von der Bremse weiß. Die Kanone „120 kurz" sah ich zwei Mal; schießen oder manövriren habe ich jedoch dieselbe nicht gesehen. Ich habe während der 2 Jahre, die ich im Generalstabe zugebracht habe, niemals den Schießübungen beigewohnt. Dreyfus spricht sodann von seiner Kenntniß des Shrapnells 91. Der Regierungskommissar Carriere theilt mit, daß der Kriegsminister durch die 3. Artillerie-Direktion die von der Vertheidigung verlangten Dokumente habe zusammenstellen lassen und daß Deloye diese unter denselben Bedingungen wie bei dem geheimen Aktenbündel dem Kriegsgericht werde vorlegen können. Das Kriegsgericht beschließt, daß während dieser Vorlegung, die morgen stattfinden soll, die Oeffentlichkeit auszuschließen ist. Auf Ersuchen Demange's wird den Majoren Hartmann und Ducros die Ermächtigung ertheilt, dabei zugegen zu sein. Die weitere Verhandlung wird hierauf um 11¼ Uhr auf morgen früh 6½ Uhr vertagt.

New-York. Der Führer der Aufständischen in San Domingo Jimenez ist in Santiago de Cuba verhaftet worden.

Kapstadt. Wie verlautet, ist trotz der sich dauernd erhaltenden kriegerischen Gerüchte gute Aussicht auf Erhaltung des Friedens. Man glaubt, daß verschiedene ernst gehaltene Mittheilungen an den Präsidenten Krüger gerichtet worden sind, in welchen ihm dringend angerathen wird, alle Anstrengungen für eine friedliche Lösung zu machen. Premierminister Schreiner sandte an den Präsidenten des ausführenden Raades des Oranje-Freistaates Steijn ein Telegramm, in welchem es heißt, der Premierminister Schreiner hoffe ernstlich, daß der Friede erhalten bleiben werde und er vertraue, daß Steijn nach Kräften für diesen Zweck bemüht sein werde.

Die **Berliner Börse** war heute wieder ganz still. Die Spekulation verhielt sich durchaus reservirt, obgleich man über die Transvaalfrage anscheinend ruhiger denkt. Aus Kopenhagen stammende Gerüchte über Pestfälle in Paris verursachten eine gewisse Verstimmung, obwohl die Gerüchte nicht als sehr glaubwürdig angesehen werden. Banken bei geringen Umsätzen fast unverändert, nur Kreditaktien auf Wiener Käufe stimulirt. Von Eisenbahnen waren Northern-Pacific und Transvaal stärker gedrückt, die übrigen wenig belebt. Montanpapiere nach matterem Beginn erholt. Am Rentenmarkte lagen Argentinier, Türkenloose und Italiener schwächer. Die Börse schloß matt. Privatdiskont 4⅛ Prozent. — Am **Spiritus-Markte** erfolgte heute eine durchgreifende Erholung der Preise, besonders für Terminwaare, welche nach unverändertem Beginn um 70 Pfg. anzog. Loco 70er 43,40 Mk., oder 30 Pfg. höher. Der **Getreide-Markt** lag ausgesprochen matt auf den Rückgang der Notirungen an den nordamerikanischen Börsen und das starke Angebot für Weizen und Roggen. Auch die russischen Offerten wurden billiger. Roggen 50 Pfg., Weizen 75 Pfg. niedriger, Hafer im Locohandel unverändert. Termine etwas schwächer. Nach Ermittelung der Centralnotirungsstelle der preußischen Landwirthschaftskammern wurden bezahlt in Berlin: Weizen 155, Roggen 145,50, Hafer 144; Stettin-Stadt: Weizen 150,50, Roggen 142, Hafer 128 Mk. — **Wetter:** Theilweise bedeckt; Nordwestwind.

Frankfurt a. M. (Schluß.) Credit 241,20. Discomto 194,00. Dresdner Bank —,—. Staatsbahn —,—. Lombarden 32,30. Laurahütte —,—. Ungar. Gold —,—. Portugiesen 24,45. Fest.

Paris. (3 Uhr Nachmittags.) Rente 100,67½. Italiener 93,15. Spanier 59,40. Portugiesen 24,00. Türken 23,20. Türkenloose 122,30. Ottomanbank 566,00. Staatsbahn —,—. Lombarden —,—. Fest.

Paris. Produktenmarkt. Weizen per August 19,70, per Novbr.-Febr. 20,55, matt. Spiritus per August 47,50, per Januar-April 38,00, matt. Rüböl per August 52,00 per Januar-April 54,00, ruhig.

Amsterdam. Produkten-Bericht. Weizen per November —, per März —, geschäftslos. Roggen per Oktober 138,00, per März 136,00.

London. (Produkten-Bericht.) Weizen ruhig, Hafer Tendenz zu Gunsten der Käufer, Mais ruhig, Mehl unverändert, Gerste fest, knapp, von schwimmendem Getreide Weizen und Gerste träge, Mais ruhig, Laplata-Mais williger gestellt. — Wetter: Schön.

Oertliches und Sächsisches.

— Se. Majestät der **König** hat auf Langebrücker Revier am 29. d. M. in einem Treiben eine Triblette auf Kronenhirsche gemacht. Se. Majestät streckte diese drei Kronenhirsche mit drei Kugeln auf das Blatt fast zu gleicher Zeit.

Pfund's sterilisirte (keimfreie) **Kindermilch.** Kinder-fütterung.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 79.